Eitorf, den 25.05.2012

Amt 20.1 - Kämmerei

Sachbearbeiter/-in: Peter Bohlscheid

Bürgermeister

i.V.

Erster Beigeordneter

MITTEILUNGSVORLAGE
- öffentlich -

Sitzungsvorlage

Hauptausschuss

11.06.2012

Tagesordnungspunkt:

Antrag aus der Haushaltsrede 2012 der BfE-Fraktion für die Vorlage von Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei Investitionen

Mitteilung:

In ihrer Haushaltsrede zum Haushalt 2012 vom 06.02.2012 beantragte die BfE-Fraktion die Vorlage eines schriftlichen Nachweises der Wirtschaftlichkeitsrechnung für jede Investition beizufügen.

Rechtliche Grundlage für eine Wirtschaftlichkeitsberechnung bei Investitionen ist der § 14 GemHVO NW. In § 14 Abs. 1 GemHVO heißt es: „*Bevor Investitionen oberhalb der vom Rat festgelegten Wertgrenze beschlossen und im Haushaltsplan ausgewiesen werden, soll unter mehreren in Betracht kommenden Möglichkeiten durch einen Wirtschaftlichkeitsvergleich, mindestens durch einen Vergleich der Anschaffungs- oder Herstellungskosten nach § 33 Abs. 2 und 3 und der Folgekosten, die für die Gemeinde wirtschaftlichste Lösung ermittelt werden.*“ Mit dieser Vorschrift ist der Wirtschaftlichkeitsvergleich bei Investitionen oberhalb der vom Rat beschlossenen Wertgrenze geregelt. § 14 Abs. 3 GemHVO regelt den Umgang bei Investitionen unterhalb der festgelegten Wertgrenzen: „*Vor Beginn einer Investition unterhalb der festgelegten Wertgrenzen muss mindestens eine Kostenberechnung vorliegen.*“ Weiterhin ergibt sich die Auswahl der wirtschaftlichsten Maßnahmen aus § 75 Abs 1 Satz 2 GO NW: *Die Haushaltswirtschaft ist wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen.*“

Die in § 14 Abs. 1 und Abs. 3 GemHVO festgelegten Wertgrenzen beziehen sich auf die Wertgrenzen für Vergaben und finden sich in § 3 Abs. 1 der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Eitorf. Demnach ist geregelt, dass grundsätzlich alle Vergaben bis 10.000 € in der Zuständigkeit des Bürgermeisters liegen. Ausgenommen hiervon ist die Beauftragung von Architekten, Bauleitern, Sonderfachleuten, sowie der Beschaffung von Sportgeräten, Kunstgegenständen, Museumsgut und Archivalien. Für Vergaben in diesen Bereichen gilt eine Wertgrenze bis 5.000 €. Folgende Tabelle aus der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Eitorf verdeutlicht dies nochmals:

Vergabeart	Wertgrenze	Zuständig für Entscheidung
Grundsätzlich alle Vergaben gem. VOB/VOL/VOF aus allen Bereichen der Verwaltung	bis 10.000 €	Bürgermeister
	über 10.000 €	Hauptausschuss

Ausnahmen:		
Lehr- und Unterrichtsmittel im Einzelfall	Bis 10.000 €	Bürgermeister
	Ab 10.000 €	Schulausschuss
Beauftragung von Architekten, Bauleitern, Sonderfachleuten	bis 5.000 €	Bürgermeister
	Ab 5.000 €	APUE bzw. ABV
Beschaffung von Sportgeräten sowie der Erwerb von Kunstgegenständen, Museumsgut und Archivalien im Einzelfall	Bis 5.000 €	Bürgermeister
	Ab 5.000 €	Ausschuss für Kultur, Sport und Marketing

Ziel von Wirtschaftlichkeitsberechnungen ist die rechnerische Beurteilung von Investitionen und damit verbunden die Auswahl der wirtschaftlichsten Investition. Hierbei muss unterschieden werden, ob es sich um die isolierte Betrachtung einer Einzelinvestition oder um den Vergleich von zwei oder mehreren Investitionsmaßnahmen handelt.

Bei der Betrachtung einer Einzelinvestition entfällt ein Vergleich mit anderen Investitionen. Bei einer solchen Investition ist die in § 14 Abs. 1 GemHVO NW geforderte Wirtschaftlichkeitsberechnung dadurch gegeben, dass eine solche Investition ausgeschrieben und das günstigste Angebot ausgewählt wird oder bei einer freihändigen Vergabe durch die Einholung von mindestens 3 Angeboten und der anschließenden Auswahl des günstigsten Angebots.

Beim Vergleich von mehreren Investitionsmaßnahmen ist eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mittels eines statischen oder dynamischen Verfahrens möglich. Jedoch gilt hier ähnliches wie bei der Betrachtung einer Einzelinvestition. Auch beim Vergleich mehrerer Investitionsmöglichkeiten, wie bspw. bei 2 verschiedenen Fahrzeugmodellen, werden beide Angebote hinsichtlich der Anschaffungs- und Herstellungskosten betrachtet und ausgewählt. Insofern wird die in § 14 Abs. 1 GemHVO NW genannte Mindestanforderung erfüllt.

Ein Problem bei einer Wirtschaftlichkeitsberechnung für Investitionen im kommunalen Bereich sind nicht quantifizierbare Faktoren. In den meisten Fällen erwirtschaften Investitionen im kommunalen Bereich keine Erlöse. Viel mehr stellt sich die Frage, ob es der (Mehr-)Nutzen für den Bürger wert ist, eine Investition zu tätigen. Bei Ersatzinvestitionen besteht häufig keine Verzichtsmöglichkeit, da die Leistung auf jeden Fall angeboten werden muss und der Verzicht auf die Investition keine Alternative ist.

Bei Investitionen unterhalb der festgelegten Wertgrenzen stellt sich die Situation anders dar. Die in § 14 Abs. 3 GemHVO geforderte Kostenberechnung wird bei bekannten Beschaffungssachverhalten auf Grundlage aktueller Preise angewandt und so in die Haushaltsplanung übernommen. Häufig ist aber bei Aufstellung des Haushaltsplans noch nicht exakt zu ermitteln welche Investitionen im kommenden Haushaltsjahr getätigt werden sollen, vor allem im Bereich der geringwertigen Wirtschaftsgüter (60 € - 410 € netto) ist eine exakte Planung kaum möglich. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Beurteilung der Vorteilhaftigkeit ist in diesem Bereich häufig nicht sinnvoll und zudem rechtlich auch nicht erforderlich. Ein großer Teil der Investitionen unterhalb der festgelegten Wertgrenzen bezieht sich auf die Beschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern. Eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für jede einzelne Investitionen in diesem Bereich übersteigt in diesen Fällen den Nutzen.